

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neuenbürg.

Nr. 165 Samstag den 18. Juli 1931 89. Jahrgang

Strenge Maßnahmen gegen Kapitalflucht

Amnestiefrist für die Angabe der Devisenbestände — Erleichterte Reisen ins Ausland

Berlin, 17. Juli. Reichsminister Trevelyan setzte heute die Reihe der Kundentenden der Reichsregierung fort. Er ging zunächst auf die wirtschaftliche Lage ein, wie sie sich in den letzten Tagen und Wochen gestaltet hat, und dann auf die Folgen der letzten Notverordnungen. Dann führte er ungefähr folgendes aus: Das einzige, was einem heute in diesen ersten Stunden Freude machen darf, ist das tapfere, heroische Verhalten unseres Volkes in dieser Wirtschaftskrise, die in tausendfältigen Beschlagnahmen seinen Haushalt verheert. Es ist doch gewiss kein Grund zur Verzweiflung vorhanden. Wir brauchen dabei nur an die kommende Ernte zu denken. Sie wird nicht schlechter sein als im Durchschnitt der letzten Jahre. Ausländische Lebensmittel werden lange nicht mehr in dem Maße herangezogen, wie noch vor einigen Jahren. Und schließlich sollte doch jeder wissen, daß in dem Ringen um unsere Gleichberechtigung und die Befreiung von ungerechtfertigten Vorkerbungen durch den mutigen Entschluß des Präsidenten Hoover aus neue Hoffnung gegeben ist. Die Augen der Welt sind nun auf die deutschen Staatsmänner gerichtet, die in Paris und London ihr Möglichstes zu tun werden, um einen Ausweg aus der Krise, die ja nicht nur eine deutsche, sondern eine Weltkrise ist, zu finden.

Die Ereignisse haben der Welt klar gemacht, daß mit dem Scheitern Deutschlands ganz Europa auf Gedeih und Verderb verurteilt ist. Es ist also nicht ein deutsches Problem, sondern es handelt sich um die Erhaltung des geregelten Weltverkehrs für die ganze Welt. Ein 65-Millionen-Volk darf nicht darauf verzichten, die Möglichkeit zu erhalten, in Frieden und Freiheit zu leben und zu arbeiten. Es erwartet von seinen Vertretern, daß sie in Paris und London nicht die heilige Unabhängigkeit und den deutschen Nationalstolz preisgeben werden. Das gesamte Volk muß bei den kommenden freien Wahlen hinter der Reichsregierung stehen.

Die Reichsregierung hat mit den jüngsten Notverordnungen nicht im entferntesten die Kreditnot beseitigen können. Bei einem Notenumlauf von 4,1 Milliarden und bei einer Kapitalzahl von 65 Millionen beträgt der Notenumlauf auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, 70 Mark. Würde nun jeder bankrott, was ihm erreichbar ist, so hätten wir bald überhaupt keinen Notenumlauf mehr.

Sodann ging der Minister auf den Inhalt der im Laufe des Samstag erfolgenden Notverordnung über Kapital- und Steuerflucht ein. Zunächst sollen nach der Aufhebung der Konfiszierung weitere Forderungen im Verkehr der Banken untereinander und mit dem Publikum eintreten. Die Auszahlung der Guthaben auf Sparkonten soll bis zu einer Höhe von etwa 20 Mark täglich, auf laufende Konten bis zu 100 Mark täglich erlaubt sein. Daneben wird der Ueberweisungsverkehr auf täglich etwa 2000 Mark als Höchstgrenze erweitert werden, unter gewissen Bedingungen sogar bis 15000 Mark. Das Wechselmatorium wird mit einem Uebergang reiblos abgehandelt. Die jetzige Höchstgrenze für die Einleger von Guthaben bei Sparkassen und Banken wird auch den Domänen in Kürze zugehen, wie kurzfristig sie in der Bankstimmung gehandelt haben.

Bei diesem Stand der Dinge war für die Regierung die Frage, ob sie es zulassen kann, daß weiterhin mehr oder weniger große Summen deutschen Nationalvermögens, deutscher Gelder, in ausländischer Währung jenseits der Grenzen unseres Vaterlandes angelegt sind. (Nach dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ handelt es sich um die Kleinigkeit von etwa 5 Milliarden Mark. Die Schrift.)

Die kommende Notverordnung wird daher mit allen dem Staate zu Gebote stehenden Mitteln die Rückkehr dieser Gelder erzwingen. Es wird dabei eine längere Amnestiefrist gewährt, so daß jeder, der heute „in Selbstbesinnung auf die schwere Krise, in der unser ganzes Volk heute steht“, seine Mittelungen an das Finanzamt und an die Reichsbank über seine wahren Devisenbestände abgeben will, von jeder Strafe freigestellt wird. Wer aber trotz dieser Aufforderung künftighin Vermögensbestände dieser Art verheimlicht, wird mit Gefängnis oder Zwangsarbeit und Geldstrafe ohne jede Höchstbegrenzung bestraft. Damit verbunden ist die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Gleichzeitig wird auch dem Ausland Kargemacht werden müssen, daß in dieser schweren Zeit das deutsche Volk nicht in der Lage sei, sei es zur Erholung, sei es zum Vergnügen seinen Verdienst ins Ausland zu tragen. Deshalb wird mit Wirkung vom morgigen Samstag beim Grenzübertritt für jeden Pass eine Gebühr von 100 Reichsmark erhoben werden mit Ausnahme des kleinen Grenzverkehrs, der Auswanderer und Wanderarbeiter. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß es Härten geben wird. Um aber eine rechtzeitige und fröhliche Wirkung zu erzielen, ist es notwendig, daß auch weitere Härten nicht vermieden werden.

Zum Schluß gab der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Preisgestaltung nicht über das bisher Geforderte erhebt. Wer nun glaubt, bessere Rezepte als die Regierung zu haben, dem kann man in der jetzigen Zeit nur zurufen: „Der mit dem Rezept!“ Von bloßen Andeutungen kann das deutsche Volk nicht gefundener. Eine Nation zu sein ist nicht ein Vergnügen, sondern ein Kampf. Das eine eint und ja alle. Wir wollen unser Volk glücklich sehen.

Neue Notverordnung

Zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen

Berlin, 17. Juli. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird für das Reichsgebiet verordnet:

§ 1. Der verantwortliche Schriftleiter einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, auf Verlangen der obersten Reichs- oder Landesbehörde oder der von ihnen bestimmten Stellen Kundgebungen sowie Entgegnungen auf die in der periodischen Druckschrift mitgeteilten Tatsachen ohne Einschaltung oder Begünstigung unentgeltlich aufzunehmen.

Der Ausdruck hat unverzüglich, bei Tageszeitungen spätestens in der nach Eingang der Kundgebung oder Entgegnung nächstfolgenden für den Druck selbst bereits abgeschlossenen Nummer zu erfolgen. Die Kundgebung oder Entgegnung ist an der vom Einlieferer bestimmten Stelle, mit der von ihm bestimmten Ueberschrift und in der von ihm bestimmten Schrift zum Ausdruck zu bringen. Eine Stellungnahme zu einer Entgegnung in der gleichen Nummer ist unzulässig.

§ 2. Druckschriften, durch deren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist, können beschlagnahmt und eingezogen werden.

Periodische Druckschriften können verboten werden:

1. wenn der Vorschrift des § 1 zuwidergehandelt wird, oder 2. wenn durch ihren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.

Die Vorschriften des § 12 Absatz 2, 3, § 13, § 15 Absatz 1 der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (RGBl. Seite 79) gelten entsprechend.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 17. Juli 1931.

Der Reichspräsident: von Hindenburg. Der Reichskanzler: Brüning. Der Reichsminister des Innern: Wirth.

Diese neue Notverordnung richtet sich offensichtlich gegen die im Dienste der radikalen Parteien stehenden Zeitungen, die glauben, ihren Lesern die von den Reichs- und Landesbehörden erlassenen Kundgebungen, die der Aufklärung über die wahren Absichten ihrer Politik dienen sollten, nur auszugeweiht oder womöglich gänzlich mitteilen zu können. Wenn diese Notverordnung auch einen Eingriff in die Pressefreiheit bedeutet, so wird die verantwortungsbewußte Presse im Interesse für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe sich an dieser mit ihr abfinden können.

Entscheidende Tage für Deutschlands Zukunft

Berlin, 17. Juli. Der Reichskanzler, der Außenminister, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und die übrigen der Ministerien beigegebenen Herren haben am Freitag abend Berlin verlassen. Sie werden am Samstag nachmittag um 2 Uhr in Paris eintreffen. Wenige Stunden vor ihrer Abreise fand noch einmal ein Ministerrat statt, der sich mit den bevorstehenden diplomatischen Verhandlungen beschäftigte.

Erklärung des Reichskanzlers Dr. Brüning vor seiner Abreise

Berlin, 17. Juli. Reichskanzler Dr. Brüning übergab dem Chefredakteur des VDA kurz vor seiner Abreise nach Paris folgende Erklärung:

Nachdem die Reichsregierung die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um den Gefahren zu begegnen, die aus den schweren Erschütterungen des deutschen Geld- und Kredit-systems drohen, ist mir nun die Möglichkeit gegeben, den von mir schon in meiner letzten Kundgebung zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem persönlichen Meinungsaustausch mit den französischen Staatsmännern zur Durchführung zu bringen. Der Herr Reichsaußenminister und ich fahren mit dem festen Willen nach Paris, in einem offenen gegenseitigen Meinungsaustausch einzutreten, dessen Ergebnis, wie ich hoffe, den Weg für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit fernmachen wird. Die bevorstehende Aussprache kann um so fruchtbarer sein, als wir gleichzeitig Gelegenheit haben werden, auch mit dem englischen Außenminister und dem amerikanischen Staatssekretär zusammenzukommen. Von Paris werden wir auf eine Einladung der englischen Regierung nach London weiterfahren, um den begonnenen Gedankenaustausch dort fortzusetzen. Ich hoffe, daß diese persönlichen Maßnahmen zur Klärung der Lage beitragen und einen sichtbaren Beweis internationaler Solidarität geben werden.

Offizielle französische Erklärung zum Besuch der deutschen Minister

Paris, 17. Juli. Die Botschaftsagentur verbreitet aus Anlaß des Besuchs des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaußenministers Dr. Curtius eine Auslassung, in der es heißt:

Die Reise des deutschen Reichskanzlers und des deutschen Außenministers nach Paris ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Nationen. Von französischer Seite bedeutet man diese Reise als eine neue Etappe auf dem Wege einer deutsch-französischen Annäherung. Es würde zu viel verlangt sein, von einigen Besprechungen, die morgen stattfinden, entscheidende Ergebnisse zu erwarten. Selbst wenn diese erste Fühlungsnahme schon zur Folge haben wird, daß die Atmosphäre geläutert wird, und daß die beiden Völker zu einem besseren gegenseitigen Verständnis geführt werden, würde die Initiative des Ministerpräsidenten Laval nicht vergeblich gewesen sein. Der gute Wille der französischen Regierung steht fest, und man darf nicht zweifeln, daß Dr. Brüning und Dr. Curtius von den gleichen Gefühlen befeuert sind, man wird bald wissen, ob diese lokale und vollkommene Annäherung, die diese historische Begegnung bringen wird, genügen wird, um in den öffentlichen Meinungen der beiden Länder eine Annäherung herzustellen, die eine grundsätzliche Einigung im Laufe der Verhandlungen, die sich in den nächsten Tagen fortsetzen werden, und an denen die Außenminister von England, Amerika und Italien teilnehmen werden, erleichtert. Der zweite Tag, den Dr. Brüning und Dr. Curtius in Paris

verbringen werden, wird den Besprechungen zu Gunsten vorbehalten sein, in deren Verlauf man sich bemühen wird, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den französischen und den deutschen Gesichtspunkten auszugleichen, um zu einer Lösung zu gelangen, die für beide Länder in gleicher Weise annehmbar sein wird.

Die Auffassung der amerikanischen Regierung über die Hilfe für Deutschland

Washington, 17. Juli. Das unverrückbare Ziel der amerikanischen Regierung, sofortige und möglichst langfristige Hilfe für Deutschland unter Beiseitestellung aller nicht notwendigen Einzelheiten, wurde heute von Unterstaatssekretär Cattle nach erneuter telephonischer Besprechung mit Stimson und einem langen Vortrag bei Hoover mit voller Deutlichkeit erneut betont. Ferner wurden zwei für das kommende Wochenende äußerst wichtige Punkte endlich geklärt: Man betrachtet den Besuch des Reichskanzlers Dr. Brüning bei Laval lediglich als einen Auftakt zu der eigentlich entscheidenden Londoner Konferenz und man betrachtet ferner die bisher bekanntgewordenen französischen Voraussetzungen für eine Anleihe an Deutschland als „undiskutierbaren Versuchsschritt“.

Cattle teilte weiter mit, daß die französische Regierung, wie Stimson telephonisch mitteilte, tatsächlich heute früh als Gegenleistung Deutschlands für eine in 10 Jahren rückzahlbare, von Amerika, Frankreich und anderen zu gewählende Anleihe in Höhe von 500 Millionen Dollar, etwa verlangt habe, daß die Zolleinnahmen Deutschlands geplündert würden, daß ein Gläubigeranspruch die Verwendung dieser Einnahmen kontrolliere und ein Bestimmungsrecht bezüglich etwaiger weiterer deutscher Auslandsanleihen habe, daß Deutschland seinen Behrret während dieser 10 Jahre nicht erhöhe und daß Deutschland während dieses Zeitraums keinerlei politische Forderungen stelle, sondern den politischen und geographischen Status quo respektiere. Cattle bemerkte hierzu, Hoover habe, als Stimson ihm diese Forderungen mitteilte, erklärt, daß Amerika unmöglich diskutieren könne und daß die französischen Staatsmänner in einer Unterhaltung mit Dr. Brüning selbst einsehen werden, daß sie undurchführbar seien.

Die Reichsregierung habe, so betonte Cattle, in den letzten Tagen einige sehr energische und gute Maßnahmen ergriffen, die dem Reich über die nächste Zukunft hinweghelfen würden. Man mehr könne Deutschland erwarten, daß schließlich ein auf möglichst lange Sicht berechneter Hilfsplan gefaßt werde, und daß sei die Aufgabe der Londoner Konferenz. Hoover habe solchen Vorschläge Dawes, der in Chicago weilte, gebeten, sofort auf seinen Londoner Posten zurückzukehren und Dawes werde am 22. Juli mit der „Mauretania“ abfahren, sodas dann 4 prominente amerikanische Beamte, Stimson, Mellon, Dawes und Gibson an der Konferenz, die wahrscheinlich einige Zeit dauern werde, mitarbeiten können.

Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte Cattle, daß die Entsendung Owen D. Youngs nicht beabsichtigt sei. Er fügte hinzu: Es handle sich nicht um eine Revision bestehender Verträge, sondern um eine unauflösbare Behebung eines Notstandes. Mellon gehe nicht mit politischen Instruktionen oder Vollmachten, sondern lediglich mit der klaren Weisung nach London, an der unverzüglichen Entspannung der Finanzlage Deutschlands mitzuarbeiten. Zur Errichtung dieses Ziel sei natürlich eine Angleichung der Ansichten von

Anzeigenpreis:

Die einseitige Textzeile über deren Raum 25 Typ., Restfläche 20 Typ., Rubrikanzeigen 100 Typ., Zuschlag, Offerte und Zustellungs-erteilung 20 Typ. Bei großem Aufträgen Rabatt, der im Falle der Mahnerforderns fünfzig prozent, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 5 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Wechselhand für beide Teile ist Neuenbürg. Für teils, Aufträge und keine Bewerbe übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.



Paris und Berlin erforderlich. Stimmen werde hierbei als freundlicher Vermittler wirken. Die französische Regierung habe ihre Beteiligung an der Londoner Konferenz zugesagt und sie werde schließlich eine Formulierung ihrer Vorschläge finden, die für die deutsche Regierung annehmbar sei. Welcher Plan schließlich in London angenommen werde, lasse sich nicht voraussagen. Aber der Besuch Dr. Brüning und Dr. Curtius in Paris werde den Weg zur Einigung ebnen.

Frankreichs Machtposition

Die jetzige Krise hat eines klar vor alle Welt gestellt, was bisher viel zu wenig beachtet wurde: Frankreichs Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent und seine Weltmacht überhaupt. Mit geradezu zynischer Brutalität läßt Paris heute der Welt seine Macht ebenso durch Regierungsmänner wie durch Finanzleute vor Augen führen. Frankreich hatte es bisher verstanden, den Ausbau seiner Macht lediglich als Abwehr gegen das „böartige“ und mächtige Deutschland erkennen zu lassen, wozu manch bombastischer Zeitungsartikel und mander rednerische Hausarentosch deutscher Redner und Politiker, ebenso wie glanzvollen Paraden, hinter denen aber jede reale Macht fehlt, erwünschte Gelegenheit gab. Die beachtenswerte Friedensmaske hat sich aber Paris selbst vom Gesicht gerissen. Schon gegenüber dem schwachen Österreich zeigte es seine imperialistische Brutalität in ihrer Nacktheit, indem es für eine lächerlich niedrige Anleihe dem österreichischen Staate jede, auch die geringste außenpolitische Selbstständigkeit absprengte. — Dann kam der großzügige Hooverplan des Reparationsjahres, der nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Weltwirtschaft neuen Schwung hätte geben können und sollen. Ein kleinliches Teilschen und Schabern, angeblich zu Gunsten der notleidenden zerstörten Gebiete ufm. hat der amerikanischen Welthilfe einen großen Teil seines Wertes genommen. Der verbleibende restliche Teil der Entlastung für Deutschland wurde von Frankreich dann bekanntlich noch dadurch zerstört, daß es seine kurzfristigen Guthaben aus Deutschland abrief. Durch rücksichtslose Katastrophenpolitik sollte Deutschland ins volle Verderben gerissen werden.

Entsetzt schaut nun die Welt auf das wahre Gesicht Frankreichs! So sieht Frankreich aus, das die Welt mit seinen schönen Paneuropaplänen, mit ewigen Friedensphrasen belierte.

Aber nicht nur der wahre Charakter der Pariser Außenpolitik wurde enthüllt, auch seine Machtposition trat in ihrer ganzen Größe in Erscheinung. Amerika und England haben Frankreich nicht nur den Weltkrieg gewinnen helfen, sie haben ihm auch geholfen, den Sieg bis zum Neuferten auszufechten. Sie haben es mit Reparationen gemästet, haben ihm die Gelegenheit gegeben, sich nicht nur eine bisher noch nie gekannte Militärmacht zu schaffen, sondern ebenso eine gewaltige Goldmacht, ebenso wie es seine Macht dazu ausübte, durch europäische Militärbündnisse seine europäische Gewalt auszubauen. Sowohl die durch Frankreich fast unmöglich gewordenen Abrüstungspläne zeigten nicht nur die Starrköpfigkeit von Paris, sondern auch die Unmöglichkeit, gegen diese Vormachtstellung Frankreichs anzukämpfen. Deutschlands Finanzkrise hat nun auch sowohl die Brutalität wie auch die Macht der Pariser Finanzwelt gezeigt, die durch Geldhänge in London, ja sogar in Newyork sich ganz rücksichtslos betätigt und in der ganzen Welt Verärgerung hervorrief. Das größte oder wenigstens eines der größten weltpolitischen Probleme ist damit aufgelegt: wie kann die Welt von der französischen Vormachtstellung befreit werden und wie kann der Aufstieg des Deutschen Reiches langsam durchgeführt werden? Frankreich wehrt sich natürlich gegen beides. Die kurzfristigen Verschleiß-Politiker Lloyd George, Wilson ufm., tragen die schwerste Mitschuld.

„Der Angriff“ bis zum 24. Juli verboten

Berlin, 17. Juli. Wie wir erfahren, ist „Der Angriff“ wegen des von dem Blatt in seiner Donnerstag-Abendausgabe gebrachten Artikels „Wegen NSDAP und Stahlhelm“, in dem eine Verächtlichmachung der Reichsregierung erblidigt wird, auf 8 Tage bis einschließlich 24. Juli verboten worden.

Ein Mädchen weiter nichts

Copyright 1929 by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf, Rudowener Str. 24.

16

(Nachdruck verboten.)

„Ja, warum?“

„Sieben Sie ihn, bitte, an und begleiten Sie mich.“

Eine schwere Lähmung überkam Dollingen, aber er schüttelte sie mit Gewalt ab. „Sie vergessen, daß ich hier meine Stunden einzubringen habe.“

„Das lassen Sie nur meine Sorge sein, Herr Dollingen.“ Die Stimme hatte ihren behaglichen, schleppenden Klang verloren. Sie war scharf markiert und pochte plötzlich zu dem Gesicht.

„Wohin soll ich Sie denn überhaupt begleiten?“ fragte Dollingen verstört. Er klammerte die Hände um den Rand des Zeitenscheines, als lände er hier einen Halt, der ihn sicherte.

„Wohin? Das Polizeipräsidium.“

Dollingen erhob sich mit einem Ruck. Blühschnell, wie Bild eines Films, zogen Gestalten vorüber... Drei Frauen waren es: die Mutter, die Schwester und etwas verschwommen Dutta, die einmal Johanna gewesen war... Und alle drei Frauen sahen ihn freudig, anklagend, verurteilend an...

Es ist aus, empfand er. Alles ist aus... aus... aus...

„Kommen Sie und machen Sie kein Aufsehen. Es liegt in Ihrem Interesse, daß kein anderer etwas erfährt.“

„Ich weigere mich. Ich bin unschuldig.“

„Das wird sich bald herausstellen, wie ich hoffe.“

Dollingen schwankte auf den anderen zu. „Mit welchem Recht — mit welchem Recht?“

Der Beamte lächelte den Mantel auf und zeigte die Karte. Als er die große kräftige Gestalt dicht vor sich sah, fuhr seine Hand in die Tasche. „Machen Sie keine Dummdenken, Mann!“

Dollingen trat einen Schritt zurück. Er bildete den Beamten eine kurze Zeit an, dann ging er zum Kleiderhändler und zog sich an. „Ich bin bereit“, sagte er unnatürlich ruhig.

XI.

Die Staatsoper spielte eine Oper von Mussorgski. Bunte Nationalkostüme, russische Tänze, Szenen aus dem Leben des Bauern von einst, schwermütige Lieber und hüpfende Kholymen. Es versprach ein großer Erfolg zu werden.

„Ich vermisse die Handlung“, sagte Dutta Reinbogen.

„Abermerhin noch besser als Hamlet im Emotung“, meinte Vorbed.

Reichstagseinberufung abgelehnt

Berlin, 17. Juli. Der Reichstagsrat des Reichstags hielt heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Lohde eine Sitzung ab, die sich mit den Anträgen auf Einberufung des Reichstags zum 21. Juli beschäftigte. Die Abgeordneten Stöhr (Nat.-S.) und Torgler (Komm.) begründeten den Antrag auf Einberufung des Reichstags. Präsident Lohde brachte darauf einen Brief des Reichsfanzlers Dr. Brüning zur Kenntnis, in dem es heißt:

„Im Hinblick auf den großen Ernst der gegenwärtigen Lage, die ich nicht näher erst darzulegen brauche, muß ich aus vaterländischem Interesse die dringende Bitte an das hohe Haus aussprechen, die Anträge auf Einberufung des Reichstages abzulehnen. Der Zusammentritt des Reichstags kann in der gegenwärtigen Lage unseres Volkes nur schweren Schaden anrichten.“

An die Verlesung des Briefes schloß sich eine kurze Ansprache, die damit abgeschlossen wurde, daß für die Einberufung auf den 21. Juli nur die Nationalsozialisten, die Deutschen und die Kommunisten stimmten. Da auch die drei Dissidenten des Landvolks für die Einberufung sind, würden, wie Präsident Lohde feststellte, im ganzen 28 Abgeordnete für die Einberufung sein, also eine Minorität. Damit war die Einberufung abgelehnt.

Von den drei Oppositionsparteien wurde dann beantragt, den Reichstagsrat zum nächsten Donnerstag einzuberufen, damit er dann nach Rückkehr des Reichsfanzlers noch einmal über die Einberufung des Reichstags zu einem weiteren Beginn beraten könne. Diesem Antrag schlossen sich auch das Landvolk und die Wirtschaftspartei an. Es wurde beschlossen, am nächsten Donnerstag eine neue Reichstagsratssitzung abzuhalten.

Anerkennung in England

London, 17. Juli. In allen Kreisen Englands hört man Worte aufrichtiger Anerkennung für die Mächtigkeitspolitik, mit der das deutsche Volk die schweren Prüfungen der letzten Tage bestanden habe. Auf öffentlichen Versammlungen und in Zeitungsartikeln wird auf das hohe Beispiel der Betätigung des bürgerlichen Verantwortungsbewußtseins hingewiesen.

Der „Daily Telegraph“ meint, daß keinerlei Anzeichen eines allgemeinen Verwechslungsbruchs vorliegen, wie er in den Tagen der Inflation die Grundfesten des deutschen Wirtschaftslebens erschütterte. Dieser Beweis moralischer Stärke der Nation ist der wichtigste Triumph, den Deutschland im Augenblick auszuspielen hat. Er hat ihm jetzt schon die Sympathien aller englischen Bevölkerungsteile eingetragen, er hat ferner das ursprünglich nicht vorhandene englische Verständnis dafür geweckt, daß Deutschland sich, auch wenn es sich in momentaner Notlage befindet, keine politischen Bedingungen vom Ausland vorschreiben lassen kann und will. Schließlich aber ist die Aufrechterhaltung der Ruhe in Deutschland die erste und wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung einer internationalen Aktion, die schließlich einmal kommen muß.

Dementsprechend wird auch die letzte Notverordnung der Reichsregierung günstig beurteilt. Sie läßt wiederum nach

BETTEN

Matratzen

Aussteuern

Qualitäts-Erzeugnisse

aus eigenen Werkstätten

FR. Breusch

Plorzheim, Metzgerstr.

Erstes Haus

am Platze.

einem Urteil des „Daily Telegraph“ erkennen, daß die Berliner Stellen weit davon entfernt sind, sich die Forderung der Geldmarktwirtschaft aus den Händen gleiten zu lassen. Sie setzten darüber hinaus nach dem Urteil der City die Bedingungen um die Wiederherstellung normaler Bedingungen aus eigenen Kräften fort. Die Dinauffassung des Diskontsatzes der Reichsbank von 7 Prozent auf 10 Prozent, so urteilt die City, dürfte im Augenblick zwar schwerlich neue Mittel aus dem Ausland herbeiziehen, aber sie dürfte innerwirtschaftlich der Vermehrung des Geldumlaufes entgegenwirken, die gleichzeitig durch die praktische Verabfolgung der Deflationrate entstanden ist. Die Einschränkung der Bankabhebungen wird ebenfalls als eine vernünftige Maßnahme gewertet, die einen neuen Ausbruch der Bank verhindert und einer inflationistischen Politik diametral entgegengekehrt wird. Es wird als ein besonders günstiges Zeichen angesehen, daß das entschlossene Vorgehen der Reichsbank weiterhin innerlich durch von ausländischen Devisen zur Reichsbank zur Folge hat. Da man in England überzeugt war, daß die Kraft der deutschen Industrie als solche trotz der jüngsten Ereignisse ungebrochen ist, beginnt man sich jetzt darauf einzustellen, daß Deutschland durch energische Zusammenfassung aller Kräfte die Krise überbrückt.

Besprechungen über die Sieben-Mächte-Konferenz

London, 17. Juli. Wichtige Besprechungen fanden heute hier über die Sieben-Mächte-Konferenz statt, die am Montag eröffnet wird. Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, hatte eine lange Unterredung mit MacDonald. Die Nachricht, daß die amerikanische Regierung von ihrer bisherigen Politik, nur einen inoffiziellen Beobachter zu derartigen Konferenzen zu delegieren, abgewichen ist, und Vollmitglieder nach London entsenden wird, wird allgemein begrüßt und als eine dramatische Veränderung der Lage bezeichnet. Die Presse bezeichnet die Aussichten für Deutschland im besonderen und für Europa und die Welt im allgemeinen als günstiger. Die Frage, welche Bedingungen Frankreich an seine Mitarbeit bei der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität Deutschlands und Europas zu knüpfen beabsichtigt, ist jedoch noch immer ungeklärt und muß, wie die Mächtigkeiten, sorgfältig erwogen werden. Es wird hervorgehoben, daß es sich jetzt nicht mehr nur um die Lösung der augenblicklichen Probleme handelt, sondern darum, sicherzustellen, daß eine Wiederholung der letztjährigen Ereignisse nicht erfolgt. Wie einschneidend sich die Finanzkrise in Deutschland auch auf das englische Wirtschaftsleben auszuwirken begann, geht aus einer Aufzählung der Zeitschrift „Saturday Review“ hervor, in der betont wird, daß die deutsche Krise die inneren Fragen Englands völlig in den Hintergrund gedrängt habe. Die Zeitschrift begrüßt die von der deutschen Regierung zur Kontrolle der inneren deutschen Lage unternommenen Schritte, die sich zur Distanzhaltung der Kapitalmarkt zeitweilig als wirksam erweisen würden. Zum Schluß hebt die Zeitschrift hervor, daß die Zeit zur Rettung der Lage kurz ist und daß der Zusammenbruch Deutschlands die Bedrohung Zentraleuropas mit dem Volkswirtschaftsstand bedeuten würde. „New Statesman and Nation“ schreibt: „Das Schicksal Deutschlands und unter aller Schidial ist noch immer in der Schwebe. Die Gefahr ist die, daß Frankreich weiterhin das Risiko eines schwachen revolutionären und verzweifelten Deutschlands der Gefahr eines wiederhergestellten und freien Deutschlands vorzieht. Die Bedingungen, die Frankreich als Preis weiterer Unterstützung aufstellt, sind Bedingungen, die keine deutsche Regierung annehmen kann, wenn sie am Ruder bleiben will.“

England und das französische Angebot

London, 17. Juli. Nach einer Neuentdeckung wird das angebliche französische Angebot, sich an einer Anleihe von 100 Millionen Pfund Sterling für Deutschland unter der Bedingung einer Art von Kontrolle über die deutschen Finanzen zu beteiligen, in Londoner politischen Kreisen lebhaft kommentiert. Der Vorschlag begegnet einigen Bedenken und man glaubt, daß er in der gegenwärtigen Form kaum von der britischen Regierung angenommen werden dürfte.

Dutta lächelte flüchtig, ohne sich ihrem Nachbarn zuzuwenden. Ihre Blicke reiteten sich zu Wüllingshoden, der mit ihnen die Lage teilte. Das Gleichmaß seiner lebenswichtigen Laune erleichterte jede Situation. Er folgte, fröhlich wie ein Junge, der zum erstenmal ins Theater durfte, den unruhigen Vorgängen auf der Bühne. Einmal summte er eine nationalkultische Melodie halb laut mit, um sich dann erschreckt auf den Mund zu klopfen, als er sich dabei ertappte.

Wie eine körperliche Berührung empfand sie die bewundernden Blicke des Architekten. Sie liebten auf ihrer nackten Haut. Plötzlich genierte sie sich, daß sie neben ihm im Auschnitt und mit bloßen Armen dasaß. Um sich abzulenken, griff sie zum Opernglas, das sonst nur eine Dekoration war; sie hatte ja Augen wie ein Reiter.

Felicitas hatte ihr heute mittag mit einem dummen Telefongespräch eine tüchtige Portion Anruhe ins Blut gelogt. Was hatte sie doch gelogt? „Nimm dich vor Vorbed in acht! Er fragte mich, seit wann du eine Vorbede für Vorbedbadnen hättest!“

Felicitas hatte ihm von Doppelgängerlei gesprochen und er hatte getan, als ob er so was für möglich halte. — Dann war ein Ferngespräch dazwischen gekommen und die Verbindung war nicht mehr herzustellen gewesen.

Ihr Vater hatte seine Abneigung gegen Gäste, wie es schien — überwunden. Das wäre ihr willkommen gewesen, wenn nicht immer, aber auch immer Vorbed dabei gewesen wäre. War das Absicht? Sie mußte gleich morgen ihrem Vater reinen Wein einschenken, am besten, wenn sie mit ihm die Korrekturen des neuen Katalogs las.

Auf der Bühne gab es eine sibile Keilerei. Eine Bauersfrau haute mit einem Knüttel auf ihren Mann ein, der sich ein Bett zum Schutz vor das Gesicht hielt. Die leicht barbarisch gefärbte Musik illustrierte, das Scherzo.

„Würden Sie auch so schlimm mit Ihrem Gatten umgehen?“ wiperte der Architekt. Sein Lachen ersarb sofort, als er Duttas ärgerliche Miene bemerkte.

Sie sah zu Wüllingshoden hinüber. Aber ihr sonst so aufmerksamster Freund war heute nicht zu gebrauchen. Er sah händeringend auf die russischen Vorgänge der Bühne — „Famos!“ — und schien gar nicht zu wissen, daß Dutta Reinbogen neben ihm saß, daß sie ihn gebrauchte und suchte.

So blieb ihr nichts übrig, als der Musik zu folgen, die einen recht turbulenten Charakter annahm. Aber sie kam nicht zur Sammlung. Sie, die keine Nerven kannte, war nervös bis in die Fingerspitzen. Sie rebete sich ein: das liegt nur an dem drückenden Gemüht, das wieder über der Stadt gelagert hatte. Vielleicht reagierte ich auf diese atmosphärische Elektrizität mehr, als ich bis heute ahnte. Aber dann verriet ihr ein Knäpfen Vorbeds Räbe, und da gab es keine Ausrede.

Endlich fiel der Vorhang zum letztenmal. Sie erhob sich so fort, ehe der Beifall ringsum noch recht aufgeprallt war, in den indischen Schal aus Vorbeds Händen und wedte Wüllingshoden betrübt aus seiner verjüngten Begeisterung.

„Ich glaube fast, Sie wollen mich allein gehen lassen, Baron?“

Der Architekt biß sich auf die Lippen. „Meine Waise ist auch noch da, schöne Dutta.“

Wüllingshoden sah sie erschrocken an. Er war selten so ungnädig behandelt worden. „Tausendmal Vorbed. Aber was ist russische Musik für Sie, bin ich entsetzt, unwirksam, ja, wenn Sie's nur verrückt. Ist es nicht herrlich, dieses Aufzahn?“

Sie nahm seinen Arm an. „Mir ist“, sagte sie sehr still, „als ob sie schon anders über Aufzahn gesprochen hätten.“

Aber dieser Aufzahn ist doch noch das alte heilige Aufzahn. Das ist ein Unterschied wie Selt und Wutli — vielleicht ist der Unterschied auch anders. Na, ich bin ja kein Schlingel.“

„Gott sei Dank.“ Sie saßen beide nebeneinander im Innern des Wagens, während Vorbed den Rückfluß ziemlich füllte. Es sprühte, ohne ihn anzusehen, seine aufmerksamsten, argwöhnlichen Blicke — vielleicht waren sie auch nur ergeben oder neugierig.

„Wissen die Herren eigentlich, was wir feiern? Mein Vater ist zum korrespondierenden Mitglied der Londoner Royal Society ernannt worden. Der erste Fall nach dem Kriege.“

Beide Herren gratulierten und Wüllingshoden fragte: „Reinbogen jetzt eine große Medaille am breiten Bande belassen, die er um den Hals tragen muß.“

Dutta lächelte ihn dankbar an. „Rein, er hat aber ein großmächtiges Diplom gekriegt, ich glaube, mit einem Nachsieggen von Karl V. Die Engländer sind ja so kontervairt.“

Sie nahm die Moiglödchen aus der kleinen silbernen Tüte. Bei jeder Ausfahrt waren frische Blumen drin. Hatte ihr Vater das ein für allemal angeordnet? Oder war es eine immer erneuerte Aufmerksamkeit? Sie leuzte etwas. Es war sicher nicht eine Tat des Chausseurs, der wählte, was sich gehörte; es ist nicht nach ihrem Vater aus, sich täglich um sie zu kümmern.

Die Blumen kühlten so köstlich und sie ersparten ihr den Anblick eines fetten, knaufenden Verrats, der sie mit werdenden Augen betastete. Was fand ihr Vater nur an diesem Mann? Seine Kunst achtete er nicht, allzu hoch — sonst hätte er doch ihn den Neubau übertragen. War es Vorbeds restlose, hinreißende Bewunderung, die ihm wohlthat? Wie eitel doch die Männer waren, auch die Flugen!“

Ein boshafter Blick schoß wie ein Pfeil zu ihrem Ardein herüber. Sie hatte den Plan Georg Dollingens ihrem Vater durch Felicitas übergeben lassen, ohne daß sie dabei war. Was von der treuen Freundin ausgegangen, auf die sie sich verlassen konnte. Morgen würde sie in Gegenwart ihres Vaters den Plan entbeden und von ihm entzündt sein —

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

„Was kommt auf mich an?“

Erst wenn einer dazu fähig ist, mit voller Freiheit zu sagen: „Was kommt auf mich an?“ — dann ist er wirklich einer von denen, auf die es ankommt.

Die Selbstsucht in uns muß durch den völkischen Geist, durch das lebendige Gliedempfinden gegenüber dem Volksganzen entwarzelt werden. Wenn dieses Gliedgefühl uns befeht, dann verheißt es sich ganz von selbst, daß der Sinn des Lebens dienen ist und sich opfern, Leben geben, helfen, fördern, Organ und Werkzeuge werden mit allem, was wir sind, können und haben.

(Wetterbericht.) Im Westen liegt Hochdruck. Unter seinem Einfluß ist für Sonntag und Montag wieder mehrfach aufsteigendes, aber noch nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Kreuzhilfe in 140 000 Fällen im Jahre 1930 oder in 400 Fällen täglich allein in Württemberg!

Daran beteiligt sind: Das Rutterhaus der Charlottenhöfchen mit rund 200 Schwestern, Hilfschwestern und Krankenpflegerinnen, die an 26 Arbeitsstellen, im letzten Jahre an 44 000 Arbeitsstunden und in 3500 Nächten, tätig waren; die Krankenpflegerinnen in Tübingen, die die Ausbildung von 50 Krankenpflegerinnen und 27 Haushaltungsschülerinnen jährlich ermöglicht, die Delferinnenabteilungen im Lande, die Hunderte von jungen Mädchen in der Krankenpflege theoretisch und praktisch ausbilden, die freien Sanitätsschulen vom Roten Kreuz in ihren 101 Kolonien und Abteilungen, die 2000 in der ersten Disziplin ausgebildete Männer und rund 100 Kolonnenhelferinnen umfassen, mit 47 Kraftwagen moderner Einrichtung, die im letzten Jahre zu 12 000 Krankentransporten verwendet wurden, die in 8 677 Fällen zur ersten Hilfeleistung, in 470 Fällen zum Sanitätsdienst bei sportlichen Veranstaltungen herangezogen wurden. Daneben sind an den großen Verkehrsstraßen 51 Unfallhilfsstellen mit 300 Sanitärengeln und Nacht in Dienstbereitschaft. Das sind einige wenige Zahlen, die mit eindringlicher Sprache auslegen, wie notwendig das Rote Kreuz in seinen Friedensaufgaben geworden ist und wie diese von Tag zu Tag immer mehr wachsen. Zur Durchführung dieser Aufgaben bedarf das Rote Kreuz aber der Unterstützung aller, wie seine Einrichtungen auch für alle ohne Unterschied des Standes, der parteipolitischen und religiösen Anschauung des einzelnen, vorhanden sind. Mithilfe ermöglicht der Rotkreuztag am 19. Juli. Mögen die Sommer und Sommerinnen überall aufstrebende Herzen und offene Hände finden!

Ridierungen der Rotverordnung

Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen Mittel, sollen als Ergebnis im Reichsministerium geführten Verhandlungen die sehr einschneidenden Bestimmungen der Rotverordnung über die Anrechnung des öffentlichen Einkommens von Arbeitern, Angestellten und Beamten abgemindert werden. Bisher wurden der Anrechnung der Renten auf das öffentliche Einkommen die Gehälter, die am 1. Februar 1931 bezogen waren, zugrunde gelegt. Außerdem wurden die heute zahlbaren Rinderzuschläge als Einkommen mit anzurechnen. In Zukunft soll von dem tatsächlichen Bruttoeinkommen ausgegangen werden und die Rinderzuschläge auf Grund des Reichsbedarfsnotgesetzes nicht als Einkommen angesehen werden. Die bisherige Rinderzuschlaggrenze der zu verbleibenden Rente, die auf drei Zehntel der Grundrente festgelegt war, soll auf mindestens fünf Zehntel — man spricht auch von freien Zehntel — erhöht werden. Dabei sollen zu den Grundrenten auch die sozialen Zuschläge treten. Auch einige andere Bestimmungen der Rotverordnung sollen, wenn auch nicht wesentlich geändert, so doch wenigstens abgemindert werden.

Brief aus Pforzheim

Pforzheim, 17. Juli 1931.

Der Bürgerausschuß muß sanieren helfen — Beamtenkritik — Die Danatbank und unsere Industrie — Jehntausende denken nichts

Die Sonder-Notverordnung der badischen Regierung, die dem Lande soziales über Nacht beschert wurde, hat mit ihrer Fiktion der Gemeinden so viele seither geordnete finanzielle Grundlagen erschüttert, und auch der Stadt Pforzheim nach Weg der im Gesetz neu zugewiesenen Deckungsmöglichkeiten die Ausführung eines ungedeckten Betrages von rund 180 000 M. aufzuzwingen. Wenn man aus Zeitungsnachrichten vernimmt, daß in dem kurzen Zeitraum von 1928 die Staatsausgaben um rund 100 Millionen angewachsen sind, so erhält man erst den richtigen Begriff von der Ausgabenwirtschaft eines Landes, das seit Jahren über seine Verhältnisse lebte. Und wer sind die Schuldigen? Der letzte, neu ernannte Finanzminister, der mit neuen Besen lehr, soll ausmisten, was seine Vorgänger ver...! Doch mit Opposition und Tadel ist hier nicht geholfen und auch Vorarbeit muß man haben, wie es seine Einnahmeseite im Haushaltshaushalt bessert. Zu jetztabend und löstspieligen Experimenten bleibt keine Zeit mehr. Die Wiederherstellung der Straßenbahntarife ist mit ein Schritt auf diesem Wege der Sanierung. Der Bürgerausschuß wird sich mit diesem neuen Vorstoß zu befassen haben und zu dem Entschlusse der Einführung der neuen Besen befassen müssen. Die massenhafte Auswirkung ist dann abzuwarten. Daß er bei dieser Gelegenheit seine Geschäftsordnung einer Revision unterzieht, kann nur dem Wohl des Ganzen dienen.

Wenn das badische Notgesetz in den betroffenen Kreisen Proteste aller Art hervorgerufen, so ist das menschlich vielleicht ganz verständlich, doch darf die badische Beamtenchaft in allem Sturm der Entrüstung nicht vergessen, daß, so fühlbar auch für jeden die Einkommensminderung sein mag, doch der weitaus größte Teil ihrer Landsleute sich überaus glücklich schätzen würde, ein gesichertes Einkommen von nur 150 bis 200 M. zu haben. An der Rot unserer Arbeitslosen, der Arbeitslosen und vieler anderer Berufstätigen gemessen, ist ihre Lage immer noch rosig zu nennen. Der Erlaß des Staatsministeriums gegen übertriebene Beamtenkritik an der Sonder-Notverordnung wird hier sehr abfällig wirken.

Der Aufkommenbruch der Danatbank wirkte auch hier wie eine Bombe. Leider ist es kein geringer Teil unserer Industrie, der von ihm in Mitleidenschaft gezogen wird. Die durch ihn ausgewirkte zweitägige Schließung aller Bankkonten zog auch das ganze Wirtschaftsleben in den Kreis der Retrospektiven und brachte allen Schichten der Bevölkerung Sorge und Schwierigkeit. Der besonnene Ton der Presse und ausführende Veröffentlichungen durch die Banken trugen viel zur Beruhigung der Wirtschaft und zur Verhütung kostloser Schritte bei. Und wenn auch heute noch nicht von einer Überbrückung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, von einer

gezielten Sanierung der deutschen Finanzen gesprochen werden kann, so sind wir doch wenigstens bisher durch die Besonnenheit der Führung und des größten Teils des Volkes vor Schlimmerem bewahrt geblieben. Viel schöner und besser wäre es allerdings zu nennen, wenn die Besonnenheit in der Finanzangelegenheit des Reiches und der Länder schon Jahre früher eingeleitet hätte, und nicht erst 1 Minute vor 12 Uhr. Auf unsere Biagiindustrie beginnt sich neben der Geldknappheit die Schwierigkeit der Goldbeschaffung allenthalben fühlbar auszuwirken und kann unter der Mitwirkung von Hindernissen ähnlicher Art vorübergehende Betriebsstilllegungen mit sich bringen. Wesentlich zur Beruhigung der Gemüter trug die Sicherstellung der Lohn- und Gehaltsauszahlungen, der Renten- und der Arbeitslosenunterstützungen bei. Gelder, die, da sie wohl zum größten Teil zu Lebensunterhaltungszwecken sofort in Umlauf gesetzt werden, dem allgemeinen Geldumlauf, der Wirtschaft, wieder zugeführt werden. Sind doch schon wieder die Säulen der Wirtschaft am Wanken und soll es wieder wilde Dollarkurse geben. Begrüßenswert sind hier die scharfen Maßnahmen der Regierung. Für diese Verunsicherungen der Wirtschaft wäre wohl keine Strafe hart genug. Demor im Ernst, Freude in bitterer Not bringt die Kunde von der Flucht der deutschen Wäse aus dem Ausland. Die Verweigerung der Umwechslung der deutschen Mark treibt sie zurück in ihre doch gewiß auch schöne Heimat. Ja, wer den Schaden hat... Und wozu steht denn auf allen Bahnhöfen: „Schadet deutsche Wäse?“

Es ist gar hübsch und lobenswert, wenn man an solchen Tagen, wie sie diese Woche dem Reich und uns allen brachte, den Kopf nicht verliert, aber... In demselben Tage, an dem die Danatbank die Schalter schloß, erlebte Berlin eine einzige, riesige Volksversammlung. Jehntausende und mehr eilten nach Tempelhofer und warteten auf ihren Max, den deutschen Vorkämpfer, der wieder beim Rutter lehrte. Wer unter ihnen dachte an geschlossene Parteiführer, an die Sicherung der Lohnzahlung binnen zweier Tage, an das Schicksal der Unternehmungen, die mit der Danatbank-Krise unlösbar verknüpft? Wieder Max, ich will Dir keinen Ruhm nicht schmälern, der Weg zur Weltmeisterschaft ist nicht mit Verren belagt und geht über viel Enttäugung und Mühe, aber, Dein Ruhm-Kollege vom Film hat es ja ähnlich schon einmal gesagt: „Dat Deutschland sonst gar nichts zu denken?“

Württemberg.

Göppingen, 17. Juli. (Eine schreckliche Bluttat — Sohn ersticht den Vater in der Notwehr.) Eine furchtbare Bluttat hat sich, wie schon kurz gemeldet, heute vormittag gegen 9 Uhr in einem Haus der Blumenstraße zugezogen. Offenbar in Notwehr hat der 19 Jahre alte Kaufmann Albert Reih seinen 58 Jahre alten Vater, den früheren Stadtbürgermeister Karl Reih, durch mehrere Stiche mit einem Silberrmesser getötet. Die Kriminalpolizei hat sofort die Untersuchung des Falles aufgenommen. In der Familie bestanden schon seit längerer Zeit unangenehme Verhältnisse, an denen die Schuld dem Getöteten zugeschoben wird, der durch Trunksucht und Streitsucht die Familie drangsalieren ließ. Gestern abend soll er gegen seine Familie mehrfach Drohungen ausgesprochen haben, so daß der Sohn zu seinem Schutz ein Silberrmesser mit ins Bett nahm. Heute vormittag soll der Vater mit einem Gummischlauch über den Sohn hergefallen sein und mit Totschlag droht haben. In der Angst griff der Sohn zu dem bereitgehaltenen Silberrmesser und verlegte dem Vater mehrere Stiche in die Brust und in die Halsgegend, wobei sein Tod in kurzer Zeit eintrat.

Anträge im Landtag

Stuttgart, 17. Juli. Dem Landtag sind heute bei seinem Wiederzusammentritt zahlreiche Anträge von nationalsozialistischer und kommunistischer Seite vorgelegt worden. Der Abg. Mergenthaler (NS) beantragt ein Verbot des Filmes „Im Westen nichts Neues“ auch in geschlossenen Vorstellungen, die Festsetzung der Ministergehälter auf 12 000 Mark, eine entsprechende Senkung der über 11 000 Mark hinausgehenden Beamtengehälter und die Festsetzung einer Höchstgrenze von 12 000 Mark für Pensionen, die Belegung eines Gehaltsaufwuchs, nach dem die Zahl der Minister auf höchstens 4 festgelegt wird und einen neuen Gesetzentwurf zum Befolgungsgesetz vorzulegen, der nicht die Form eines Ermächtigungsgesetzes hat, sondern die Einzelheiten der Änderungen der Bezüge der ausländischen Beamten enthält. Von kommunistischer Seite wird beantragt, alle Gehälter auf den Höchstlohn von 600 Mark herabzusetzen, eine Notverordnung zu erlassen, die die Auszahlung von Gehältern in der Privatindustrie, im Handel und Gewerbe von über 8000 Mark im Jahr mit Erlaßnis und Zuschuss nicht über zwei Jahren bestreift, alle Bank- und Sparkassenzinsen auf 20 000 Mark zu beschlagnahmen, das Bankverbot aufzuheben, die Steuer offen aufzulösen, alle Kapitalrenten, die der Kapitalmarkt verdächtig und des betrügerischen Bankrotts schuldig sind, sofort zu verhaften, mit Zuschuss zu bestrafen, ihr Vermögen einzuziehen usw.

Einbürgerung von Vizekanzler Payer

Stuttgart, 17. Juli. Unter großer Anteilnahme wurde heute vormittag im Krematorium auf dem Pragfriedhof die sterbliche Hülle des früheren deutschen Vizekanzlers Erzherzogs Seheimeal Friedrich von Payer den Flammen übergeben. Der Einbürgerung ging eine Trauerfeier voraus, an der die gesamte württembergische Staatsregierung mit Staatspräsident Dr. Voss an der Spitze, das Präsidium des württembergischen Landtags und Vertreter der Parteien, ferner Vertreter von Reichs-, Landes- und städtischen Behörden teilnahmen. Die Trauerrede hielt der frühere württembergische Staatspräsident Dr. a. Hoyer, der in warmherzigen Worten ein Bild des im höchsten Alter von 85 Jahren dahingegangenen Veteranen der Politik und des Parlaments zeichnete. Anfang und Ende der politischen Tätigkeit Payers gehörten dem Reich. Als württembergischer Landtagspräsident war er während 18 Jahren ein ehrlieher Wähler zwischen Krone und Regierung, zwischen 1. und 2. Kammer, zwischen den Parteien rechts und links. Durch seine charaktervolle und besonnene Art hatte Payer sich auch beim König eine besondere Vertrauensstellung zu erlangen vermocht. Landesfinanzamtspräsident Payer übermittelte Johann das herliche Beileid der Reichsregierung. Es folgten zahlreiche Kranzüberlegungen mit Nachrufen von Alt- und Neugeborenen namens der Stadtgemeinde Reutlingen, von Rechtsanwalt Malzer für die württembergische Anwaltskammer, von Rechtsanwalt Hef für den deutschen Anwaltsverein, von Konrad Federer für die württembergische Hypothekbank, von Redakteur Simon für die „Frankfurter Zeitung“, von Geh. Hofrat Dr. Brackmann für die Deutsch-demokratische Partei Württembergs und Hohenzollerns, von Reichslagsabg. Hraf für die Deutsche Staatspartei, von Festungsverleerer Frenoo-Reutlingen für den früheren Wahlkreis Payers, Minister a. D. Keil für den deutsch-republikanischen Reichsbund und das Kartell republikanischer Verbände Deutschlands, Landtagsabgeordneter Schuler für die Landesgruppe Württemberg des deutsch-republikanischen Reichsbunds, von Karlsruher für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Prof. Quilbe-München für die National-demokratische Partei und von Generaldirektor Georgi namens der Tübinger Königsgesellschaft Koenig. Unter Orgelklängen sank der mit Blumen und Kränzen reich bedeckte Sarg in die Tiefe.

Rechtfertigung von Sanitätsrat Dr. Neunhöffer

Stuttgart, 17. Juli. Sanitätsrat Dr. Neunhöffer, der stellvertretende Vorsitzende der Württ. Ärztekammer, hat am 16. Dezember 1930 gegen Frau Dr. Jacobson-Kienle aufgrund von Verdächtigungen, die er in der Klinik des Frauenortes Dr. Borchert gemacht hatte, Strafanzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung erstattet. Wegen dieser Anzeige wurden gegen Dr. Neunhöffer in der Öffentlichkeit und von Kollegen Vorwürfe erhoben. Der ärztliche Ehrenrat in Stuttgart hatte sich mit der Angelegenheit zu befassen und hat in einer Sitzung vom 12. Juni 1931 gegenüber allen Vorwürfen festgestellt, daß in keinem Falle ein fahrdienstliches Verhalten vorliegt. Das Ehrenrechtverfahren gegen Sanitätsrat Dr. Neunhöffer wurde des-

halb unter Überbrückung der Kosten auf die Ärztekammer eingestellt. Da die Stuttgarter Ärztekammermitglieder Dr. Becker, Dr. Duff, Dr. Feldmoler, Dr. Feldmann, Dr. Febr und Dr. Schwarz jederzeit das Verhalten Dr. Neunhöffers gebilligt haben, wurde auch gegen sie beim Ehrenrat Anzeige wegen fahrdienstlichen Verhaltens erstattet. Auch in diesem Fall hat der Ehrenrat in seiner Sitzung vom 12. Juni 1931 die Einstellung des Verfahrens unter Aufhebung der Kosten an die Ärztekammer beschlossen. Der ärztliche Ehrenrat bestand aus Dr. Fritz Veiel in Cannstatt als Vorsitzenden, Dr. Karl Kolb in Stuttgart als Stellv., Dr. D. Einlein-Stuttgart als Beisitzer und Landgerichtsdirektor Hugel als rechtskundiger Berater.

Für Aufrechterhaltung des Betriebs der Danatbank

Stuttgart, 16. Juli. In der Stuttgarter Filiale der Danatbank, in der 180 Angestellte beschäftigt sind, fand eine Betriebsversammlung statt, wobei einstimmig folgende Entschlüsse gefaßt wurden: 1. die württembergische Regierung zu ersuchen, sich bei der Reichsregierung mit allen Mitteln für die Erhaltung und den Wiederaufbau der Danatbank einzusetzen; 2. im gleichen Sinne an die Solidartät aller Bankbeamten Deutschlands zu appellieren und auch sie aufzufordern, in ihrem eigenen Interesse für die Erhaltung der Danatbank einzutreten.

Neueste Nachrichten.

Schwere Ausschreitungen in Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, 17. Juli. Nachdem es am Mittwoch abend bereits in dem Viertel der Olga-, Bismarck- und Grabenstraße zu größeren Ausschreitungen gekommen war, wobei beiderseits einige Hundert Schüsse geschossen wurden, kam es am Donnerstag gegen 11 Uhr zu einer abermaligen Ausschreitung im gleichen Stadtteil. Von vielen Demonstranten wurden plötzlich sämtliche Laternen ausgelöscht und viele zertrümmert, so daß der Stadtteil vollkommen im Dunkeln lag. Die Straßenbahn mußte in diesen Straßen den Verkehr einstellen. Das Straßenpflaster wurde aufgerissen und das Material zu Barrikaden verwandt. Die Polizei, die von etwa 20 Stellen alarmiert worden war, fand in den Straßen die Lebensmittel-, Fleisch-, Gemüse- und Gemüseläden ausgeplündert vor. Die Fenster Scheiben waren eingeschlagen. Der sofort eingeleitete Großalarm machte die gesamte Stadt mobil. Die Polizei ist um 1 Uhr nachts mit der Säuberung des betreffenden Viertels, in dem sehr viel geschossen wird, beschäftigt. Bis zu der angegebenen Stunde dauert der Tumult an.

Gelsenkirchen, 17. Juli. Die Ausschreitungen in Gelsenkirchen dauerten am 2. Juli früh noch an. Um diese Stunde setzte ein neuerliches starkes Feuergefecht ein, und zwar in der Hohenollerstraße gegenüber der Olga- und Grabenstraße. Das ganze Viertel war um diese Zeit umstellt. Der ganze Stadtteil liegt in völliger Dunkelheit. Die Polizei wird erst bei Tagesbeginn die Säuberung des abgeriegelten Viertels vornehmen. Der Verkehr wird angeleitet. Ausgespart wurden 30 Geschäfte ausgeplündert. Es handelt sich um die größten Lebensmittel-, Fleisch-, Gemüse- und Kaufwaren Geschäfte dieses Viertels.

Neue Unruhen in Gelsenkirchen — 3 Schwerverletzte

Gelsenkirchen, 17. Juli. In der Nähe des gestrigen Unruheherdes ist es heute abend zu neuen Zusammenstößen gekommen, bei denen die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch machen mußte. Ein Arbeiter erhielt einen Bauchschuß, ein anderer schwere Knochenverletzungen, während ein dritter Demonstrant durch Schüsse am Arm verletzt wurde. Bei zwei der Verletzten besteht Lebensgefahr. Die Unruhen dauerten am Späten abend noch an, doch war die Polizei Herr der Lage.

Ausschreitungen in Koblenz

Koblenz, 17. Juli. Wie am Mittwoch abend, so verflachten auch am Donnerstag abend in der Kastorstraße eine Demonstration. Sie rissen das Straßenpflaster auf, zertrümmerten die Straßenlaternen und besprühten das anrückende Polizeikommando durch Steinwürfe und zahlreiche Schüsse, die aber niemand von den Beamten trafen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Ob von den Demonstranten jemand verletzt wurde, steht noch nicht fest. Eine Bereitschaft der Polizei hat die Kastorstraße abgeriegelt und wird während der Nacht eine gründliche Durchsuchung der in Frage kommenden Häuser vornehmen.

15 Prozent Bankzinsen . . .

Die Derauffassung des Reichsbankdiskonts um volle 3 Prozent auf 10 Prozent war notwendig im Rahmen der Restriktionspolitik der Reichsbank. Es wäre bankpolitisch falsch gewesen, bei der herrschenden Geld- und Kreditknappheit, die durch die starken Abzüge ausländischer kurzfristiger Guthaben entstanden ist, den Zinssatz unberührt zu lassen. Unsere kreditpolitische Lage hätte fäherlich einen noch höheren Diskont als 10 Prozent gerechtfertigt, doch die Reichsbank mußte auch Rücksicht auf die letzten Kreditnehmer, auf die Schuldner der Banken, nehmen, die von der Diskonterhöhung am härtesten betroffen werden. Die Sollzinsen sind von den Banken nämlich nicht nur um die Erhöhung des Reichsbankdiskonts, sondern um 5 Prozent erhöht worden, so daß das einfallende der Bankprovision ein Kontokorrentkredit sich künftig auf 15 Prozent stellen wird. Das ist eine außerordentliche Belastung der letzten Kreditnehmer und der Debitoren. Die wirtschaftliche Wirkung dieser enormen Kreditverteuerung wird nicht nur größere Zurückhaltung in der Aufnahme neuer Kredite sein, sondern auch das Bestreben, Verbindlichkeiten abzulösen. Der Fabrikant und der Kaufmann wird deshalb bestrebt sein, durch Abholung von Warenvorräten seine Zinsenlast zu verringern. Wie weit eine Auslösung der Vorräte in dieser Zeit fast eingeschumpfter Kaufkraft möglich ist, läßt sich schwer sagen. Für die Wirtschaft ist die Kreditverteuerung eine drückende Last. Viele Betriebe werden, zumal die Kredite eingedrückt werden, zur Liquidierung von Waren zu stark gedrückt. Freuen schreiten müssen, um sich die erforderliche Betriebsliquidität zu verschaffen. Auf diese Weise dürfte die Diskonterhöhung auch die gedammerten Devisen herauslocken. Die Wirksamkeit der Diskonterhöhung soll dadurch unterteilt werden, daß der Lombard, der sonst 1 Prozent über dem Diskontsatz steht, um 7 Prozent auf 15 Prozent erhöht worden ist.

Lettland von der Krise ergriffen

Riga, 17. Juli. Auch in Lettland haben heftige Kuns auf

Hinweise

Landestheater Widdad. Am Sonntag, 19. Juli, nachmittags 4 Uhr, folgt als 2. Fremdenvorstellung dieser Saison der famose und vielbelachte Schwank „Stöbel“ von den bekannten Verfassern Arnold und Vadi. Diese beiden wirklichen Schwankautoren haben hier wieder ein Stück mit einer solchen Fülle von Witz und komischen Einfällen versehen, daß der Zuschauer tatsächlich nicht mehr aus dem Lachen herauskommt. Die Titelrolle wird von Walter Fischer-Richten verkörpert, der diese Rolle zu einer Glanznummer anzufassen weiß. Allen denen, die sich in den trüben Zeiten einige Stunden Rausch und Heiterkeit verschaffen wollen, sei dieser Nachmittags im Landestheater Widdad warmstens empfohlen. Die Eintrittspreise sind wieder stark ermäßigt (50 Pfg. bis 2 Mark). Die Vorstellung endet um 6 Uhr, so daß die auswärtigen Besucher beinahe die Flige zur Heimfahrt erreichen.

die Banken und Sparkassen eingelegt. Der Sturm auf die Banken hat einen beträchtlichen Umfang angenommen, daß die lettische Regierung angeordnet hat, die Auszahlungen der Banken in jedem Falle auf 5 (fünf) Prozent der geforderten Summen zu beschränken, falls diese im Einzelfall 200 Lat übersteigen. Die Sparkassen dürfen an den einzelnen Sparern höchstens 50 Lat wöchentlich auszahlen.

Tschechoslowakische Ortschaft in Flammen

Rosenberg, 17. Juli. Heute früh entzündete in der Gemeinde Bacc (Bezirk Klytowsky Sv. Mikulas) in einem Wohn-

hause ein Brand, der rasch eingedämmt werden konnte. Der Wind entfachte das Feuer aber neuerdings und in kurzer Zeit stand fast die ganze 573 Köpfe zählende Gemeinde in Flammen. Bis zu den Mittagstunden fielen dem Brande mehr als 300 Häuser zum Opfer. Es konnte nicht festgestellt werden, ob in den Trümmern noch Menschen umgekommen sind. Zahlreiche Personen wurden zum Teil schwer verletzt. An der Brandstätte erschienen zahlreiche Feuerwehren aus der nahen und weiteren Umgebung. Durch das Feuer wurde auch das Pfarramt, die Schule, das Postamt, das Gemeindeamt und das Rotariat vernichtet.

Beihilfen zur Ausführung von Obstanlagen.

Der Wirt. Landwirtschaftskammer stehen auch heuer wieder Mittel zur Gewährung von Beihilfen für neue Obstanlagen zur Verfügung.

Ueber die Voraussetzungen und die Höhe der Beihilfengewährung erteilen die Gemeindebehörden nähere Auskunft. Neuenbürg, den 14. Juli 1931.

Oberamt: L e m p p.

Allg. Ortstrantentasse Neuenbürg

Ausschneiden! Aufbewahren!

Besonders wichtige Bekanntmachung an die Arbeitgeber.

Die Verhältnisse zwingen uns, die Arbeitgeber auf folgende Bestimmungen aufmerksam zu machen:

Die Beiträge für die Pflichtmitglieder werden monatlich zum Einzug gebracht. Werden die Beiträge bei Vorzeigen durch den Kassenboten nicht sofort beglichen, so sind sie binnen 8 Tagen an die Kasse einzubehalten. — Postcheckkonto Stuttgart 8330 — Girokonto bei der Oberamtsparkasse Neuenbürg. — Arbeitgeber, welche die Beiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienst berechnen, haben die Beitragsabführung am Tage der jedesmaligen Lohnzahlung zu machen.

Ist der Arbeitgeber mit der Beitragszahlung im Verzug, und zwar länger als eine Woche von der Zahlungsaufforderung ab, so ist die Kasse berechtigt und nach der Notverordnung vom 5. 6. 31 nunmehr verpflichtet, einen Zuschlag zu den Beiträgen in Höhe des durchschnittlichen Bankzinsfußes für Leihgelder zu erheben. Zur Zeit beträgt der Zuschlag 10 Prozent.

Eine Nichterhebung dieses Zuschlags ist demnach künftig nicht mehr möglich und Gesuche um Erlassung daher zwecklos. Wir fordern daher diejenigen Arbeitgeber, welche im Verzug sind, auf Zahlung unverzüglich zu leisten, damit die Berechnung von Verzugszinsen unterbleibt.

Ferner eruchen wir die Arbeitgeber, folgendes zu beachten:

1. Alle An- und Abmeldungen sind binnen 3 Tagen zu erstatten;
2. Eine Abmeldung von der Kasse hat auch dann zu erfolgen, wenn der Versicherte wegen Krankheit, Aussehen mit der Arbeit od.: Fehlens aus sonstigen Gründen (Feldarbeit usw.) 14 Tage und länger von der Arbeit weg bleibt;
3. Alle Lohn- und Gehaltsveränderungen sind innerhalb 3 Tagen zu melden;
4. Bei Abmeldungen bitten wir, die davon Betroffenen zu verständigen und sie auf die freiwillige Weiterversicherung bei der Krankenkasse, die möglichst sofort — spätestens aber innerhalb 3 Wochen — zu geschehen hat, aufmerksam zu machen;
5. Befreiungsanzeigen für die Arbeitslosenversicherung sind mit der Anmeldung zur Krankenversicherung zu tätigen, diejenige für Lehrlinge entweder gleich mit der Anmeldung zur Krankenversicherung oder spätestens am Tage des Ablaufs der Probezeit.

Verletzungen gegen diese Vorschriften ziehen Schädigungen der Arbeitgeber entsprechend den in Betracht kommenden Gesetzes- und Satzungsbestimmungen nach sich, deren Anwendung dem Kassenvorstand — wie bereits erwähnt — zur Pflicht gemacht wird.

Als solche Schädigungen der Herren Arbeitgeber kommen in Betracht:

1. Berechnung von Verzugszinsen, Mahn-, Vollstreckungs- u. Vollziehungsgebühren (§ 397 RVO., § 145 ABABO.);
2. Berechnung der Beiträge bei verspäteter Abmeldung bis zum Tage der Abmeldung (§ 397 RVO., § 145 ABABO.);
3. Bezahlung von Vorschüssen derjenigen Arbeitgeber, die sich innerhalb der letzten 12 Monate in einem Zwangsbeitragsverfahren als zahlungsunfähig erwiesen haben, bis zur Höhe der fällig werdenden Beiträge (§§ 403 RVO., 145 ABABO.);
4. Bestrafung gemäß §§ 530 RVO., 261 ABABO. durch das Versicherungsamt;
5. Aufsetzung der Zahlung des Ein- bis Fünffachen der rückständigen Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung (§§ 531 RVO., 263 ABABO.);
6. Zahlung des Arbeitgeberanteils für die Arbeitslosenversicherung gemäß § 143a ABABO. bis zum Ende der Kalenderwoche, in der die Befreiungsanzeige formgerecht bei der Kasse eingeht.

Die Schädigungen wollen durch pünktliche Befolgung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen verhütet werden. Außer der finanziellen Belastung des Arbeitgebers wird dadurch der Kasse wie dem Zahlungspflichtigen vermeidbarer und unnötiger Verdruss und Ärger erspart. Die Kasse muß auf pünktliche Einhaltung der vorstehend bezeichneten Verpflichtungen achten, weshalb erneut um dauernde Beachtung derselben dringend ersucht wird.

Neuenbürg, den 17. Juli 1931.

Vorsitzender des Vorstands:
gez.: Fr. Heinzelmann.

Neuenbürg. Rottkreuztag

Wie alljährlich findet auch am heutigen am morgigen Sonntag im Bezirk eine Haus- und Straßensammlung zu Gunsten des Roten Kreuzes statt.

Ich bitte, die gute Sache wie bisher durch eine Beisteuer nach Kräften zu unterstützen.

Der Bezirksvertreter
des Landesvereins vom Roten Kreuz:
Landrat L e m p p.

Neuenbürg. Anlässlich des Rottkreuz-Tages wird die Kapelle des Musikvereins morgen Sonntag den 19. Juli, zwischen 11—12 Uhr, auf dem Kirchplatz ein

Konzert

geben. Die Einwohnerschaft wird herzlich eingeladen. Bei schlechter Witterung unterbleibt das Konzert.

Der Bezirksvertreter
des Landesvereins vom Roten Kreuz.

Turn-Verein Schwann. Sommernachtsfest,

turnerische Aufführungen mit Beleuchtung. Mittags Schauturnen.

Hierzu ladet herzlich ein: Der Turnrat.
Bei ungünstiger Witterung 8 Tage später.

Mein diesjähriger

Ausverkauf

beginnt am 18. Juli

Fritz Schumacher

Pforzheim Neuenbürg

Zwangsversteigerung.

Im Zwangsweg werden am Montag den 20. Juli 1931, nachmittags 2 Uhr, in Gaistal

2 vollständige Betten, tannen, lackiert, öffentlich gegen bar versteigert. Zusammenkunft beim Schulhaus in Gaistal. Gerichtsvollzieher Keidel.

Warum bittere Medizin?

... wo doch die Natur Ihnen in uns ein seit Jahrhunderten erprobtes, natürliches Mittel gibt, um gesund zu werden und zu bleiben. — Wir

Teinacher Hirschquelle und Sprudel

die „Diener Ihrer Gesundheit“, halten Magen, Darm und Nieren in Ordnung und sind dabei sehr angenehme Durstlöcher.

Wie Sie sich um wenige Mark immer auf der Höhe lebenssprühender Gesundheit halten, sagen Ihnen unsere interessanten Druckschriften. Verlangen Sie sofort kostenlose Zusendung von der Mineralbrunnen A.-G., Bad Ueberkingen/Würtl.

Heinrich Müller, Mineralwasserfabrik, Neuenbürg, Telefon 6,
Karl Schumacher, Bierdepot, Neuenbürg, Telefon 3,
Ludwig Groß, Mineralwasserhandlung, Birkenfeld,
Fritz Wurster, Mineralwasserhandlung, Calmbach, Telef. 384,
Ernst Höll, Mineralwasserhandlung, Pfingweiler,
Carl Tubach, Mineralwasserhandlung, Wildbad, Telefon 62,
Carl Frank, Mineralwasserhandlung, Birkenfeld,
Friedrich Wieland, Mineralwasserhandlung, Arnbach, Tel. 126.

Todesurteil für Spionage

Warschau, 17. Juli. Freitag früh trat ein außerordentlich militärisches Standgericht unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit zusammen, um den der Spionage zu Gunsten Sowjetrußlands angeklagten Major im polnischen Generalstab, Demkowicz, abzuurteilen. Nachmittags um 6 Uhr verkündete das Gericht das Todesurteil über den Angeklagten. Der Spruch dürfte nach der für sehr anzunehmenden Befreiung durch den Generalstabschef morgen früh vollstreckt werden. Wie verlautet, soll der flüchtig entlassene Major der Warschauer Geländekarte im Zusammenhang mit dieser Spionageaffäre von seinem Posten abberufen worden sein.

Haus- und Garten-Verkauf.

Im Konkurs von Kling & Treusch o. S. kommen die nachfolgenden Grundstücke am

Mittwoch den 22. Juli, nachmittags 3 Uhr, in dem Rathaus in Birkenfeld, Zimmer Nr. 1, zum erstenmal im öffentlichen Ausschreib zum Verkauf, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Ob. Nr. 26 Wildbaderstraße 7 a 20 qm Wohnhaus und Garten, Steuer-Anschlag 16 480 M., 34 a Garten in den hinteren Wiesen, 2 a Baumwiese in Hohlwiesen, sowie 8 a 47 qm Acker im Fuchstrain. Fernspr. 4950 Pforzheim.

Konkurrenzwächter:

Bezirksnotar Dopffel in Birkenfeld.

Bekanntmachung.

Drei Dampfstraßenwalzen werden in der Zeit vom 20. Juli 1931 bis etwa 8. August 1931 die Staatsstraße Nr. 109 zwischen Neuenbürg und Bahnhof Engelsbrand bearbeiten.

Den Fahrzeughaltern wird größte Vorsicht anempfohlen. Wenn die von den Walzen zu bearbeitende Straßensbreite vorübergehend abgegrenzt ist, haben Reiter und Fahrzeuge vor den aufgestellten Schranken so lange anzuhalten, bis die Straße freigegeben wird. Calw, den 16. Juli 1931.

Straßen- und Wasserbauamt.
S. V.: Kirchenmann.

Städt. Frauenarbeitschule Wildbad.

Anmeldungen für die am 10. September 1931 beginnenden Kurse werden möglichst bald erbeten. Auskunft wird bereitwilligst jederzeit erteilt.

Die Schulleitung.

- I. Tageskurse: a) Hand- und Wäsche-Nähen, b) Kleidernähen, c) Sticken.
- II. Nachmittagskurse: a) Wäschennähen, b) Kleidernähen. Wöchentlich ein Nachmittag.
- III. Abendkurse: a) Wäschennähen, b) Kleidernähen. Wöchentlich zwei Abende.

Kursdauer: 10. September 1931 bis 22. Dezember 1931.

L.K. Das für morgen Sonntag vorgesehene Gartenfest findet nicht statt.

Der Vorstand.

Neuenbürg. Bei günstiger Witterung veranstalten morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr die Pforzheimer Rettungsschwimmer im städt. Freischwimmbad

interessante Vorführungen, wozu jedermann eingeladen ist. Neuenbürg.

3 Zimmer-Wohnung mit Zubehör und Garten in der Hoppel auf 1. September zu vermieten. Feiler.

Neuenbürg. Für einen Waggon **1a. Anthracit-Kohlen** suche ich noch einige Abnehmer. Christian Genße, Telefon 77. Birkenfeld. Schön möbliertes **Zimmer** zu vermieten. Bahnhofstraße 71. Birkenfeld. **Schöne 1 oder 2 Zimmer-Wohnung** mit Küche im Neubau Regelmann, Dietlingerstraße, auf 15. August zu vermieten.

50er Nachfeier Sonntag abend „Frank“. **Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.** Sonntag, den 19. Juli (7. Sonntag nach Trinitatis) 10 Uhr Predigt. Dechant Dr. Regele. Gesang des Kirchenchors: Schleicht Herr Jesu (W. Henke). Anschließend an den Vormittagsgottesdienst Feiern des hl. Abendmahls. 5 Uhr Predigt. Stobthofer Lit. Mittwoch abends 8 Uhr Gottesstunde im Gemeindehaus. In Waldrennloch ist am Sonntag um 10 Uhr Gottesdienst.

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg am Sonntag, den 19. Juli 10 Uhr: Predigt und Amt. **In Herrenalb** 10.15 Uhr Gottesdienst. **Methodistengemeinde Evang. Freikirche.** Sonntag, den 19. Juli 1931 Vorm. 10 Uhr Neuenbürg, Giesenhäuser. Vorm. 11 Uhr Sonntagsschule. Nachm. 1/3 Uhr S. B. Abendmahl. 8 Uhr Abendmahl in Herrenalb.

Evang. Gottesdienst in Birkenfeld Sonntag, 19. Juli 9.30 Uhr Predigt. Pfarrer Doppen. 10.30 Uhr Kinderkirche. 1.00 Uhr Christenlehre (Töchter). Donnerstag, abds. 8.30 Uhr Gottesstunde.

Evang. Gemeinschaft Birkenfeld Gemeindehaus Schillerstr. 10 Sonntag den 19. Juli Vorm. 10 Uhr Predigt. Prediger Konrad. Nachm. 3 Uhr Abendmahl. Prediger Herrmann. Dienstag, den 21. Juli 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsstunde, anschließend Jugendverein. Jedermann ist herzlich eingeladen.

